

Kampf um Agrar-Beihilfen

EU-Kommissar Ciolos stellt Reform-Plan vor – zu Lasten Deutschlands

Brüssel/Vechta (gio/dpa) – Die EU-Beihilfen für Landwirte kommen auf den Prüfstand – ihre Höhe und die Bedingungen der Verteilung. EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos legte gestern



hierzu seine Vorschläge auf den Tisch. Er will mit einer Reform die EU-Agrarpolitik ökologi-

scher, gerechter und effizienter gestalten. Als Hebel für die geplanten Veränderungen setzt er die Beihilfen an. So sollen Umweltstandards als Bedingung erfüllt werden, um EU-Gelder zu erhalten. Für große Höfe ist eine Obergrenze vorgesehen.

Bislang greift die Brüssel jedes Jahr den Bauern mit rund 56 Milliarden Euro unter die Arme. Die heutige EU-Agrarförderung stützt sich vor allem auf Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe. Das Geld soll einen Ausgleich dafür bieten, dass viele Agrarpreise auf Weltmarktniveau gesunken sind, obwohl Bauern in der EU höhere Standards im Umwelt- und Tierschutz einhalten müssen.

Für die Haushaltsperiode 2014-2020 werden die Gelder neu verteilt. „Deshalb stellt sich die Frage, wieviel Geld es insgesamt in diesem Zeitraum geben



Auf Kürzungen der Subventionen müssen sich Bauern einstellen – vor allem in Deutschland. Foto: ddp

wird“, sagt der Vechtaer EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer. Sowohl bei der Aufstellung des EU-Haushalts als auch in der Agrarpolitik sei das Europäische Parlament in der Mitbestimmung. Es werde auch verhandelt, wieviel Geld der ersten Säule



Hans-Peter Mayer

der Agrar-Subventionen (klassische Direktbeihilfen) zukommt und wie stark ausgestellt die zweite Säule wird (Landschaftserhalt, Umwelt- und Tierschutz,

Tourismus, Entwicklung des ländlichen Raums). Für Mayer, stellvertretendes Mitglied im Agrarausschuss, steht fest: „Ich kämpfe für den Erhalt beider Säulen“. Doch an einer Deckelung der Beträge führe kein Weg vorbei. Eine Verknüpfung von

Prämienzahlungen mit der Einhaltung von Umweltstandards gebe es bereits jetzt. Wenn dieser Ansatz ausgebaut werde, dann sei das „eine konsequente Entwicklung“.

Der Vechtaer Kreislandwirt Norbert Meyer sieht hier das Problem „eines höheren bürokratischen Aufwands“. Für die Bauern und für Brüssel. Mehr Anträge und mehr Kontrolle seien die Folge. Er plädiert für einen anderen Ansatz: „Ich bin für eine Grundförderung, die mit normalen gesetzlichen Auflagen verbunden ist“. Mit Blick



Norbert Meyer

auf die geplanten Umschichtungen im Agrar-Haushalt, von denen die östlichen EU-Länder zu Lasten Deutschlands profitieren sollen, sagt er: „Die Höhe der Leistung muss an die Kaufkraft im Land gebunden sein.“

▼ **Kommentar**

MEINE MEINUNG*Eine Überlebensfrage*

Von Giorgio Tzimurtas

Als EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos sich vor seinem Amtsantritt Anfang des Jahres dem Parlament in einer Anhörung stellte, machte er einen kompetenten Eindruck. Knapp zehn Monate später legt er die Grundzüge zu einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU vor. Mit Blick auf seinen Zeitplan hielt er Wort. Aber inhaltlich enttäuscht Ciolos diesmal. Sein Entwurf lässt mehr Fragen offen, als dass er konkrete Antworten liefert. Es wäre besser gewesen, Ciolos hätte sich mehr Zeit genommen und dafür später detaillierte Ausführungen



präsentiert. Die große Lücke im Konzept von Ciolos liegt in der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. Dass der Rumäne indirekt ein Bekenntnis zum

Zwei-Säulen-Modell der Beihilfen abgeliefert hat, ist zwar grundsätzlich positiv. Doch: Wenn die Gelder in den großen Agrarstaaten wie Deutschland und Frankreich gekappt werden sowie noch höhere Umweltauflagen zu beachten sind, dann ist völlig ungeklärt, wie es künftig mit der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Agrarprodukte aussieht. Und genau das ist für etliche Bauern eine Überlebensfrage.